

NACHRICHTEN

Bush-Brüder am Pranger

WASHINGTON: Die Menschenrechtsorganisation amnesty international (ai) hat am Donnerstag die hohe Zahl von Hinrichtungen in den US-Bundesstaaten Texas und Florida angeprangert. Binnen nur 24 Stunden seien dort wieder drei Menschen hingerichtet worden, hiess es in einer am Donnerstag in Washington verbreiteten ai-Erklärung. Die Gouverneure der beiden Staaten, George W. und Jeb Bush, schaden dem Anspruch der USA, ein Vorreiter in Sachen Menschenrechte zu sein.

Russische Truppen erobern Berghöhen



SCHATOI: Russische Truppen und tschetschenische Freiheitskämpfer haben sich erneut erbitterte Kämpfe um die Schlucht am Fluss Argun im Süden Tschetscheniens geliefert. Die Russen konnten nach eigenen Angaben die Berghöhen um die Ortschaft Schatoi unter Kontrolle bringen. In Schatoi ist die letzte grosse Rebellen-Einheit eingekesselt. Die russische Luftwaffe unterstützte das Vortücken mit mehr als 120 Einsätzen seit Mittwoch, wie das Kaukasus-Oberkommando in Chankala mitteilte. Schatoi sowie die Schluchten von Wedeno und Argun lagen unter Bombenhagel. Bild: Die tschetschenischen Städte liegen zum Grossteil in Trümmern.

Brand in japanischer Atomanlage

TOKIO: In einem Kernkraftwerk im Norden Japans ist am Donnerstag ein Feuer ausgebrochen. Nach ersten Berichten soll im Meiler in der nördlichen Stadt Onagawa keine Radioaktivität ausgetreten sein. Wie ein Sprecher der Betreiberfirma des Atomreaktors Onagawa am Donnerstag mitteilte, konnte das in einem Gebäude der Anlage ausgebrochene Feuer erst nach einer halben Stunde gelöscht werden. Der Sprecher versicherte zwar, Radioaktivität sei nicht ausgetreten. Doch der Vorfall könnte der nach dem Unglück in Tokaimura entstandenen Diskussion um die Sicherheitsstandards in japanischen Kernkraftwerken neue Nahrung geben.

Ursula Koch will SP-Präsidentin bleiben



BERN: Ursula Koch (Bild) will Präsidentin der SP bleiben. Wie sie am Donnerstag in Bern erklärte, will sie aber rasch einen Entscheid über die Einberufung eines ausserordentlichen Parteitag, an dem personelle und politische Fragen diskutiert werden könnten. Koch fühlt sich weiterhin «stark» von der Basis der Partei getragen. «Aus heutiger Sicht» würde sie bei diesem Parteitag wieder als Parteipräsidentin kandidieren. Jetzt zurückzutreten, wäre für die Partei keine Lösung: «Ich rufe meine Partei auf, jetzt nicht in Panik zu machen.» Führung und Management der SP seien ungenügend, erklärte Koch. Es sei ihr Ziel, die «dringend notwendigen» Veränderungen einzuleiten und zum Erfolg zu führen.

Brenner-Maut für Schwerlastler illegal

LUXEMBURG: Die hohen Mautgebühren für schwere Lastwagen auf der Gesamtstrecke der Brennerautobahn verstossen nach Ansicht des Generalanwalts des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) gegen geltendes EU-Recht. Der Gerichtshof folgt in der Regel dem Schlussantrag des Generalanwalts. Nach der am Donnerstag in Luxemburg veröffentlichten Stellungnahme verstossen die 1995 und 1996 heraufgesetzten Mautgebühren für Lastwagen mit mehr als drei Achsen gegen die EU-Richtlinie zum Strassengüterverkehr.

Aufruf zu religiöser Eintracht

Papst Johannes Paul II. auf Ägypten-Besuch

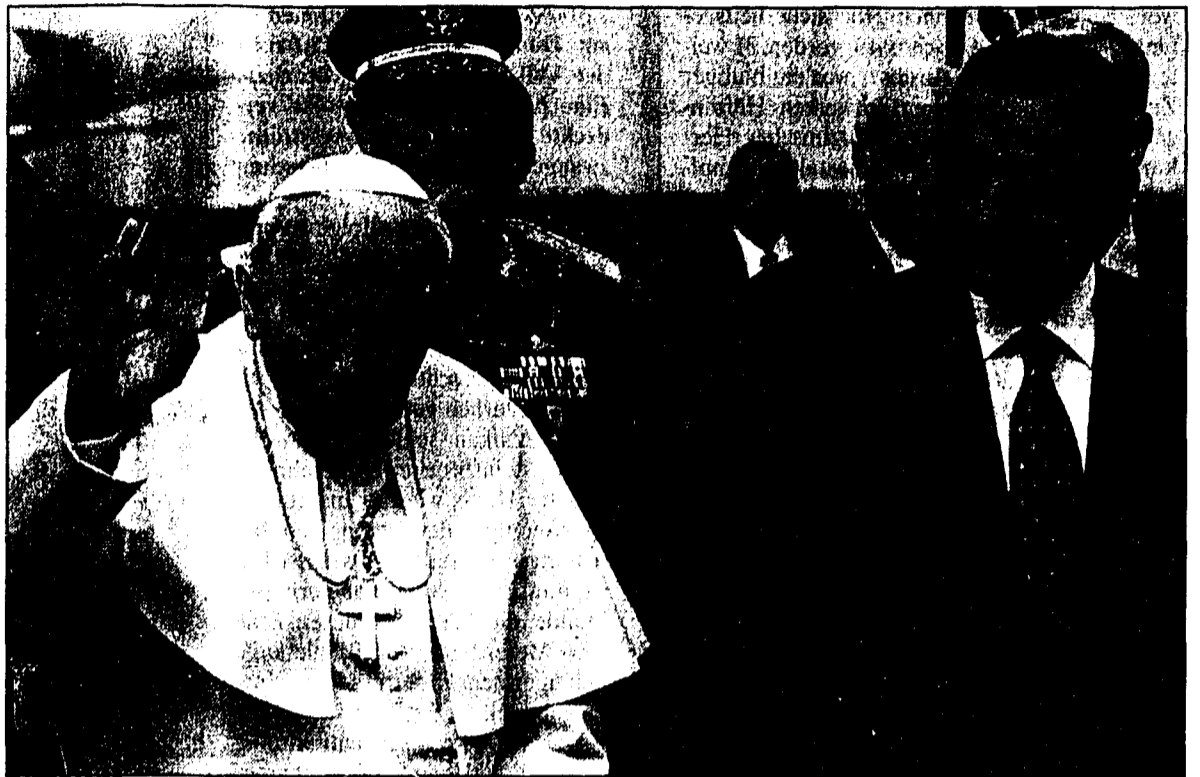
KAIRO: Zu Beginn seiner Ägypten-Reise hat Papst Johannes Paul II. am Donnerstag Christen und Muslime zu religiöser Eintracht aufgerufen. Gewalt im Namen der Religion zu rechtfertigen sei ein schrecklicher Widerspruch und eine grosse Sünde.

Dies sagte der Papst nach seiner Ankunft in Kairo. Der 79-Jährige forderte ausserdem eine friedliche Lösung des Nahost-Konflikts.

Johannes Paul II. war zum Auftakt seiner 90. Auslandsreise auf dem Flughafen von Kairo von hochrangigen christlichen und islamischen Würdenträgern empfangen worden. Es ist der erste Besuch eines Papstes in Ägypten.

Vor dem Flughafen warteten Tausende von Ägyptern mit Spruchbändern, Transparenten und Fahnen. Ein Grossaufgebot von Sicherheitskräften entlang der Flughafenstrasse sollte jeden Attentatsversuch vereiteln.

Zu den Besuchszielen von Johannes Paul II. gehört am Samstag der Berg Sinai, auf dem Moses der Bibel zufolge von Gott die zehn Gebote verkündet wurden. Zudem wird der



Papst Johannes Paul II. wurde bei seiner Ankunft von Präsident Hosni Mubarak empfangen. (Bild: Keystone)

Papst in einem Sportstadion in Kairo eine Messe lesen. In einem Monat will der Papst Israel, Jordanien und die autonomen Palästinenser-Gebiete besuchen. Der ägyptische Präsident Hosni Mubarak be-

zeichnete den Papst als «Mann von Mut, Weisheit und Toleranz», der sich für eine Welt ohne Ungerechtigkeit und Unterdrückung einsetze. Nach einem Gespräch mit Mubarak traf der Papst am späten

Nachmittag mit dem Patriarchen der koptisch-orthodoxen Kirche, Schenuda III., sowie dem Gross-scheich der Kairoer Al-Azhar-Universität, Mohammed Said Tantawi, zusammen.

Unruhen in Nigeria

KADUNA: Bei den Zusammenstössen zwischen Christen und Muslimen im Norden Nigerias sind nach Angaben der vor Ort ansässigen Organisation Civil Rights Congress (CRC) mehr als 400 Menschen getötet worden. Der CRC-Vorsitzende Shehu Sani sagte am Donnerstag in Kaduna, die Muslime hätten bereits mehr als 200 Mitglieder aus ihrer Gemeinschaft beigesetzt. Die Christen seien ihrerseits dabei, die Vorbereitungen für die Beisetzungen ihrer getöteten Gemeindemitglieder zu treffen. Die blutigen Auseinandersetzungen waren in der Nacht zum Dienstag eskaliert. Kaduna war das Zentrum der Unruhen, die Polizei und Armee erst nach drei Tagen am Mittwoch beenden konnten. Die Polizei erklärte, auch in den Städten Kafanchan und Zaria herrsche wieder Ruhe. Dort waren am Mittwoch acht Menschen getötet worden.

CDU weiter im Spendensumpf

BERLIN: Die deutsche CDU kommt im Spenden- und Finanzskandal nicht zur Ruhe. Während sich in Berlin der Untersuchungsausschuss des Bundestags bemühte, Licht ins Dunkel der Affäre zu bringen, wurde in Rheinland-Pfalz bekannt, dass dort Spenden in Höhe von rund 160 000 Mark an die CDU ungeklärt sind.

Der rheinland-pfälzische CDU konnte die Herkunft von Spenden aus Sammlungen des ehemaligen Trierer Caritas-Managers Hans-Joachim Doerfert aus den Jahren 1995, 1996 und 1998 nicht vollständig aufklären.

Insgesamt blieben die Quellen für rund 160 000 von 490 000 Mark an Spenden im Dunkeln, berichtete der von der Landes-CDU mit der Überprüfung der Spendeneingänge beauftragte Rechtsanwalt Hans-

Georg Warken in Mainz. Nach den Recherchen des Anwalts haben mehrere von Doerfert als Spender genannte Personen Zahlungen an die Partei dementiert. Andere wollen andere Summen gezahlt haben als in Spenderlisten angegeben. Doerfert ist unter Betrugsverdacht in Haft.

Unterdessen zog der Untersuchungsausschuss des Bundestages zur Untersuchung der CDU-Spendenaffären die Hilfe der Justiz herbei. Ein Vertreter der Staatsanwaltschaft Augsburg berichtete in Berlin vor dem Ausschuss über den Stand der Ermittlungen.

Dabei ging es um die Zahlung von einer Million Mark durch den Wafenhändler Karlheinz Schreiber 1991 an den damaligen CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep auf einem Parkplatz in der Ostschweiz.

«Geschlossen gegen die ETA»

MADRID: Spaniens Ministerpräsident José María Aznar hat die Spanier aufgerufen, sich geschlossen gegen die baskische Separatistengruppe ETA zu stellen. Die Menschen sollten auch die politischen Verbündeten der ETA boykottieren, sagte Aznar. «Ihr seid entweder auf der Seite der Mörder oder auf der Seite derer, die ermordet wurden», sagte Aznar am Donnerstag im staatlichen Radio. Am Dienstag waren bei einem Bombenanschlag im nordspanischen Vitoria der sozialistische Politiker Fernando Buesa und sein Leibwächter getötet worden. Für den Anschlag machen die Behörden die ETA verantwortlich. Der Kampf gegen die ETA könne langwierig und schwer werden, sagte Aznar. Es bestehe aber kein Zweifel, dass letztendlich Freiheit und Demokratie siegen würden.

Jospin bietet Friedenstruppen an

Bewegung in Friedensprozess im Nahen Osten

TEL AVIV: In die Bemühungen um eine Beendigung des Nahost-Konfliktes kommt Bewegung. Frankreich hat die Entsendung von Bodentruppen zur Absicherung eines Nahost-Friedens angeboten. Dies erklärte Frankreichs Premierminister Lionel Jospin anlässlich seiner dreitägigen Nahost-Reise in Tel Aviv. Und auch der US-Nahost-Bbeauftragte Dennis Ross setzte gestern Donnerstag seine Vermittlung mit einem Gespräch mit dem ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak fort.

Sein Land sei darauf vorbereitet, Friedensabkommen Israels mit seinen Nachbarn auch mit Bodentruppen zu garantieren, erklärte Jospin. Frankreich sei auch bereit, bei der Suche nach einem gerechten und andauernden Frieden zu helfen.

Ross traf unterdessen in Kairo mit Mubarak zusammen, um zu sondieren, wie die festgefahrenen Verhandlungen zwischen Israel und Palästinensern vorangebracht werden könnten. Anschliessend sagte er, beide Seiten seien weiterhin be-

reit, ihre Streitigkeiten beizulegen. Der Status von Jerusalem ist einer der schwierigsten Streitpunkte in den Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern. Israel reklamiert die ganze Stadt für sich, die Palästinenser wollen dagegen den Ostteil zur Hauptstadt ihres künftigen Staates machen.



Der französische Premierminister Lionel Jospin (rechts) bot seinem israelischen Amtskollegen Ehud Barak Friedenstruppen an. (Bild: Keystone)

Mehr Truppen für Kosovo

BRÜSSEL: Wegen der anhaltenden Spannungen zwischen Serben und Albanern im Kosovo hat der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, Wesley Clark, weitere 2000 KFOR-Soldaten angefordert. Der NATO-Rat will an diesem Freitag über die Aufstockung beraten.

Die KFOR hat derzeit im UNO-Auftrag etwa 37 000 Soldaten unter NATO-Oberbefehl im Einsatz. Die zusätzlichen Soldaten sollen aus der «strategischen Reserve» kommen, die in den einzelnen Ländern stationiert sind und schnell mobilisiert werden können, wie am Donnerstag aus dem Europa-Hauptquartier der NATO (SHAPE) in Mons verlautete. Paris sei bereit, bis zu 700 weitere Mann nach Kosovo zu entsenden, erklärte Frankreichs Verteidigungsminister Alain Richard in Washington. Sie könnten unter Umständen vollständig in der geteilten Stadt Mitrovica eingesetzt werden, in der es in den letzten Wochen mehrmals zu gewalttätigen Unruhen gekommen ist, sagte er nach einem Treffen mit US-Verteidigungsminister William Cohen.